

Einigkeit und Recht und Freiheit?

Kein Gedanke wurde unmittelbar nach dem Mauerfall öfter und zustimmender zitiert als Willy Brandts Worte, nun wachse zusammen, was zusammen gehört. Zweifel an ihrer Berechtigung kamen erst gar nicht auf. Die erlebte Bewegung, auch die innere Bewegung, schien geradezu naturwüchsig, die Frage, ob Geschichte und Gesellschaft nicht auch sinnstiftend sein sollten, abwegig zu sein. Eindeutig waren die Bilder, ebenso wie die Meinungsumfragen. Das emanzipatorische und selbstbewusste "Wir sind das Volk!" wurde mit rasender Geschwindigkeit freundlich übernommen vom "Wir sind ein Volk!". Zumindest südlich von Berlin wehte auf jedem noch so maroden realsozialistischen Fabrikschornstein die schwarz-rot-goldene Fahne, notfalls mit einem Schnittloch in der Mitte. Allein die Frage, ob das alles so beziehungs- und voraussetzungslos zusammen gehörte, ob die behauptete Selbstverständlichkeit so wirklich existierte und ob das Zusammenwachsen nicht einen eigenen Sinn erhalten müsse, schien eine totalitäre Anmaßung zu sein. Dabei hatte die Idee eines wiedervereinigten Deutschlands in den letzten Jahren vor dem Mauerfall zwar noch in Sonntagsreden eine Rolle, für die reale Politik aber kaum Bedeutung gehabt. Auch die Völker Ost und West hatten sich, wie die empirische Sozialforschung eindeutig belegt, schon lange vor der Wende von der Vorstellung eines geeinten Deutschlands verabschiedet. Im Jahr 1979 glaubten nur noch 21 Prozent der Westdeutschen an die Überwindung der deutschen Teilung in den nächsten 30 Jahren, 79 Prozent schätzten dies als unwahrscheinlich oder sogar als gänzlich unmöglich ein. Sieben Jahre später befragt, warum sich die Wiederherstellung der deutschen Einheit lohne, lautete bei 70 Prozent der Westdeutschen die eher diffuse, Willy Brandt vorwegnehmende Antwort: „Weil wir alle Deutsche sind.“¹

Heute scheinen die Bilder von 1989/90 einer nicht mehr vorstellbaren anderen Epoche anzugehören, beinahe so vergangen wie jene Deutsche Demokratische Republik. Mein heutiger Nachbar Peter K., damals eingefleischter Westberliner, erzählt zwar noch heute von jenen beiden wildfremden Ostberliner Reichsbahnern, die den Morgen vom 9. zum 10. November ebenso sekttrunken wie er in seiner Charlottenburger Wohnung verschliefen, aber viele Menschen in Ost und West würden wohl gar leugnen, sich 1989 euphorisch und bedenkenlos in den Armen gelegen zu haben.

Das Volk, der große Lümmel, hat sich wieder einmal als undankbar und unberechenbar erwiesen. Man hätte es allerdings wissen können. Wie leichtfertig die tiefen Prägungen einer so gänzlich anderen jahrzehntelangen gesellschaftlichen Wirklichkeit (in einem Volk mit junger und kurzer Nationalgeschichte) ignoriert wurden, wie leichtgläubig die Versuche und die Bereitschaft der meisten Ostdeutschen, in die angebotene neue, ohne sie entstandene Identität zu schlüpfen, für bare Münze genommen wurden, war sicherlich haarsträubend dumm. Es gab – ungehört – durchaus genügend realistische Stimmen. Man muss ja nicht erwähnen, dass es ein Mann namens Marx war, der den Menschen als ein gesellschaftliches Wesen analysiert hatte. Psychologen und Sozialpsychologen, Künstlerinnen und Künstler, Historiker, die vom Anschluss Schlesiens 1866 oder von den Südstaatenreaktionen nach dem amerikanischen Bürgerkrieg wussten, hatten ihre eigenen Erfahrungen. Das kleine Saarland war 1955 nach nur zehnjähriger und ganz und gar nicht abgemauerten Trennung von Deutschland sehr behutsam integriert worden.

Doch Geschichte mag ein guter Lehrmeister sein. Sie hat selten lernfähige Schüler gehabt.

Kurz nach der Wende kam ich, erst in einem Briefwechsel, dann persönlich, in Kontakt mit einer älteren Dame. Das war sie. Nicht eine ältere Frau, auch nicht eine Genossin, eine ältere Dame. Ihre Briefe und Karten schrieb sie mit zittriger Sütterlinschrift. Margarete B., 1990 bereits über achtzig Jahre alt, war in den zwanziger Jahren als junge Frau Aupairmädchen in Italien gewesen. Sie erzählte gern davon, und Grenzen in jenem damals so begrenzten Europa waren für sie keiner Erwähnung wert. Sie, die Witwe eines Eisenbahners, wohnte in einer Eisenbahnerwohnung im Plänterwald. Sie zeigte mir gern die alten Fotos ihres Mannes, immer noch stolz jene, auf denen er mit seinen Auszeichnungen als Aktivist zu sehen war. Ihr Haus stand vielleicht einhundert Meter von der bereits nicht mehr bestehenden Grenze nach Neukölln entfernt. Margarete B. hatte kein Telefon, und das Gehen fiel ihr nicht mehr leicht. Wenn sie mich anrufen wollte, ging sie zur Telefonzelle am S-Bahnhof Plänterwald, fast einen Kilometer weit, nie zum nahen Telefon in Neukölln. Ich hab sie leider nie danach gefragt, nur oft mich selbst, warum für eine Frau, die im Gegensatz zu den meisten ihrer Mitmenschen als junges Mädchen keine Grenze kannte, nun so unfähig war, eine nicht mehr bestehende Grenze zu überschreiten.

Das Problem der offenbaren deutsch-deutschen Fremdheiten hat viele unterschiedliche Gründe und Erscheinungen. Über eine Ursache, die ich sehe, möchte ich vor allem streiten: Das DDR-Volk, das sich im Herbst 1989 eben noch die Freiheit genommen hatte, ließ sie sich ein paar Monate später schenken, als könnte es Freiheit geben, die man sich nicht erstreitet. Ein gemeinsames Projekt der Bürgerinnen und Bürger aus den beiden deutschen Staaten stand schon gar nicht zur Debatte. Nur was ohnehin zusammengehörte, sollte nun zusammenwachsen, ach was, wachsen: In einer Nacht, vom 30. Juni zum 1. Juli 1990 sollte die D-Mark zusammennageln, was zusammengehörte und nicht viel weniger schnell gehörte fast alles zusammen jenen, denen es auch in Westdeutschland gehörte. Die Zahlen sind bekannt. Nur fünf Prozent des ehemaligen „Volkseigentums“ wurde an Ostdeutsche privatisiert. Egal. Der VEB sollte wieder Krupp AG werden. In Druckereien aus dem SED-Imperium drohten die Beschäftigten mit Streik, falls sie den Betrieb in Belegschaftsbesitz nehmen sollten, statt von Burda oder Springer besessen zu werden. Nun gut, die Betriebe schlossen ihre Kinderferienlager, gaben ihre Polikliniken, Kulturhäuser, Kinderkrippen und –gärten ab, aber das da ein Haken sein könnte, war nach Parteilehrjahr und Karl-Eduard von Schnitzler nicht mehr vermittelbar. Das schaffte die Realität dann zwar umso brutaler, doch die neue, marktwirtschaftliche Entmündigung konnte an die alte, obrigkeitsstaatliche anknüpfen. Frust paarte sich mit tiefer Resignation. Selbst volks- und betriebswirtschaftlicher Sachverstand musste hinter enge Interessen des parteipolitischen Machterhaltes und der raschen Bereicherung zurücktreten (zwischen 1989 und 1992 stieg die Zahl der Einkommensmillionäre in den alten Bundesländern um präzedenzlose 40 Prozent), auch persönlich zurücktreten wie der damalige Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl. Man setzte den finanziell und volkswirtschaftlich verschwenderischsten Weg zur deutschen Einheit durch. Er war und ist bis heute auch der menschlich und gesellschaftlich teuerste. Nicht zufällig reproduziert er unnötige Unterschiede und Fremdheit, während er den wunderbaren Reichtum kultureller Verschiedenheiten gefährdet. Einer meiner Freunde arbeitet seit 1990 in New York. Sein Sohn hat die DDR kaum bewusst erfahren. Ein Schulbuch in der dortigen deutschen Schule berichtete ihm von Hunger in der DDR. Der Junge, jetzt ein junger Mann, hat eine schönfärbende DDR-Identität entwickelt und sie seinen Lehrern

entgegengesetzt. Etwas fröhlicher, aber ganz ähnlich ist die Geschichte, die ich mit dem vierjährigen Sohn eines Verlegers in Mecklenburg-Vorpommern erlebte. Die Eltern zeigten mir ihre Erinnerungen an die DDR – Straßenbahnfahrscheine, Mietverträge, Urkunden, Abzeichen, Waschmittelverpackungen, eine DDR-Fahne. Der Kleine ließ sie sich von uns erklären. Den Ährenkranz für die Bauern, den Zirkel für die Wissenschaftler, den Hammer für die Arbeiter. Seine Frage kam rasch: „Und was hattet ihr für die Arbeitslosen?“

Gott ersparte es den Juden nicht, vierzig lange Jahre einen steinigen Weg in das gelobte Land wandern zu müssen. Als sie in den Mühen der wüsten Ebenen durchaus selbstbewusst meuterten und sich an die Fleischtöpfe in der Knechtschaft zurück sehnten, dachte er nicht nur an Manna und Wachteln, sondern auch an ein Gesetz. Freiheit hat soziale Voraussetzungen und muss letztlich selbst errungen sein. Eine uralte Weisheit. In Deutschland durfte nach 1990 nicht einmal die im Grundgesetz vorgesehene und mit Volksentscheid anzunehmende Verfassung zustande kommen. Die einen wollten ihre alte Bundesrepublik behalten, die anderen sie bekommen. Verloren ging sie beiden. Unbemerkt, wie die späte römische Republik nicht wahrnahm, dass sie bereits keine mehr war, und ihre republikanischen Institutionen die Formen für das Cäsarische Rom bereitstellten, ist auch die damalige Bundesrepublik Deutschland, in der wir zusammenwachsen wollten, abhanden gekommen. Da bewusst kein gemeinsamer Aufbruch gewählt wurde, erleben wir gemeinsam den Abbruch. Wir sind enttäuscht. Wir benötigen Schuldige. Die undankbaren phlegmatischen Ostdeutschen, die arroganten selbstgerechten Westdeutschen. Zum Beispiel. Das ostdeutsche Fass ohne Boden hat der Bonner Republik den letzten Stoß gegeben. Vor dem Hintergrund des politischen und wirtschaftlichen Totalbankrotts der DDR war es vielleicht leicht, ihre schon 1990 offensichtliche radikale Veränderungsbedürftigkeit zu übersehen. Doch nun rächt es sich. Statt sie sozial, demokratisch, wirtschaftlich gemeinsam voranzutreiben, treibt sie uns zurück, hinter sich selbst zurückfallend, und uns zurück in ostdeutsche antiwestdeutsche, westdeutsche antiostdeutsche Mentalitäten und Vorbehalte (ich weiß, die Verallgemeinerung ist übertrieben).

Während sich die Westdeutschen als Zahlmeister der deutschen Wiedervereinigung und undankbar behandelt fühlen, sehen sich die Ostdeutschen im Kolonialstil erobert und entrechtet. Auf die Frage „Wäre es besser, wenn die Mauer zwischen Ost und West noch stehen würde?“, antworteten Anfang 2005 in einer repräsentativen Umfrage der Freien Universität Berlin und der Forschungsinstitutes Forsa 24 Prozent der Befragten in den alten Bundesländern mit Ja. Im Osten, in den neuen Bundesländern, stimmten zwölf Prozent dieser Aussage zu. Dass die Neubundesbürger zuviel Selbstmitleid hätten, meinten 56 Prozent der in Westberlin Interviewten. Und fast die Hälfte der Ostberliner und Brandenburger (47 Prozent) ist sich sicher, dass sie von den Brüdern und Schwestern im Westen „im Kolonialstil“ erobert wurden.²

Es sind aber nicht einfach „gefühlte“, irrationale Differenzen, Vorurteile, die wir miteinander haben. Es sind machtvolle Realitäten, die neben sozialen Spaltungen im ganzen deutschen Land auch Spaltungen zwischen seinen Landesteilen erneuern. Dass die Landkarte der Ersten Fußball-Bundesliga inzwischen ein reich bestücktes Westdeutschland, eine besondere fußballpolitische Einheit Berlin und ein gänzlich leeres Ostdeutschland ausweist, ist das Unwichtigste. Viel interessanter ist der Blick aus dem Flugzeug. Aus dieser Perspektive ist die alte Grenze unverändert erkennbar.

Nicht, weil die alten Grenzbefestigungen oder ihr Verlauf noch zu sehen wären. Nein, östlich von Lübeck, Braunschweig, Fulda hören die klein geschnittenen Felder auf, fangen die großen Flächen der LPG-Nachfolgebetriebe an, die dem Vereinigungskapitalismus ebenso erfolgreich getrotzt haben wie Asterix und die Seinen dem Römischen Reich. Darüber wäre für eine andere Art von Zusammenwachsen, für ein gemeinsames Neuwachsen einiges nachzudenken.

Was die Spannungen, Enttäuschungen und Fremdheiten jedoch zementiert, ist vor allem das flächendeckende, gesellschaftliche Ausmaß von sozialen und wirtschaftlichen und zunehmend auch kulturellen und demografischen Krisen. Dabei ist in Ostdeutschland sehr viel bewegt worden (nicht zuletzt auch durch die Ostdeutschen selbst). Infrastruktur, Städteerneuerung, Umweltschutz haben ein hohes Niveau erreicht. Entstanden sind auch hochmoderne industrielle Kerne, andere Wirtschaftsbereiche wie eben die Landwirtschaft oder der Tourismus sind auf hohem Niveau wettbewerbsfähig. Das Grundproblem jedoch bleibt und hat sich weiter zugespitzt: Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbsfähigem liegt in Ostdeutschland nur bei 55 Prozent des westdeutschen Durchschnitts, die Steuerkraft bei weniger als 40 Prozent. Diese Zahlen drücken im übrigen nicht mangelnde Modernität und Leistungsfähigkeit, sondern mangelnde Absatzmärkte aus. Und das sind die Durchschnittszahlen. In vielen Regionen sieht es noch wesentlich düsterer aus; und nicht selten sind sie Rekrutierungsgebiet rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Stimmungen. Da wird dann gleich ein weiteres Urteil und Vorurteil vieler Westdeutscher mitbestätigt: Der obrigkeitstaatlich geprägte Osten als Hort des Neonazismus. Die Wahrheit, dass eine nichtfreiheitliche Gesellschaft die emanzipatorische Abwehr rechtsextremer Ideologie schwächt, blendet dann gern die weiteren Momente aus: den nichtemanzipatorischen Charakter der deutschen Vereinigung, die ursprünglich fast vollständig aus Westdeutschland importierte rechtsextreme Infrastruktur und nicht zuletzt den heutigen sozialen Boden für den Rechtsextremismus.

Obwohl seit 1989 rund zwei Millionen Menschen aus unterschiedlichen Gründen den ostdeutschen Arbeitsmarkt verlassen haben und Zehntausende Pendlerinnen und Pendler ihn zusätzlich entlasten, liegt die offizielle Arbeitslosigkeit seit Jahren bei gesellschafts- und kulturgefährdenden zwanzig Prozent (real sogar weit darüber). Nach Untersuchungen der führenden wirtschaftswissenschaftlichen Institute fehlen rund 1,5 Millionen Arbeitsplätze. Das Leistungsbilanzdefizit der neuen Bundesländer liegt jährlich bei 100 Milliarden Euro (fast drei Viertel davon finanziert durch die Steuer- und Beitragszahlerinnen und -zahler; der Rest ist privater Kapitalzustrom). Bei ihrem Beitritt zur Europäischen Union gehörten die neuen Bundesländer nach dem Altersdurchschnitt ihrer Bürgerinnen und Bürgern zu den jüngsten Regionen Europas, nicht einmal anderthalb Jahrzehnte später zu den ältesten. Es wäre verwunderlich, wenn solche Wirklichkeit nicht umfassende, auch kulturelle und psychologische Folgen hätte. Mit größter Dringlichkeit steht für Ostdeutschland wie für die gesamte Bundesrepublik die Aufgabe, innerhalb der nächsten zehn bis 15 Jahre, die Wirtschaft in Ostdeutschland so zu stärken, dass sie nicht mehr nur zwei Drittel, sondern 80 Prozent des eigenen ostdeutschen Verbrauchs erzeugen kann. Nur damit wäre das unaufgebbare Ziel einer selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland erreicht (es wäre ein Niveauunterschied, wie er auch zwischen westdeutschen Bundesländern existiert).

Es muss unbestritten sein, dass der Realsozialismus zwischen Suhl und Rostock ein schweres wirtschaftliches Erbe hinterlassen hat. Tatsache ist auch,

dass in der Ex-DDR zu oft abgewartet und auf Alimentierung vertraut wurde. In dieser Hinsicht lebt eine grundlegende DDR-Prägung wahrlich quicklebendig fort. Tatsache ist aber ebenso, dass industrielle Kerne im Osten zerschlagen wurden. Die Industrie ist nicht mehr die Jobmaschine des 19. und 20. Jahrhunderts. Aber ohne sie stehen Baugewerbe und Dienstleistungen auf keinem tragfähigen Boden; ist die wirtschaftlich und noch mehr geistig-kulturell so bedeutsame private Forschungslandschaft schlechterdings unmöglich. Nicht zuletzt wurde den neuen Ländern ein ökonomisches System übergestülpt, das die Gegebenheiten im Osten praktisch nicht berücksichtigte. Die Tragik bestand auch darin, dass dieses Modell bereits zu Wendezeiten selbst für Westdeutschland nicht mehr zeitgemäß war und in wichtigen, von Strukturveränderungen betroffenen Bereichen – wie Montanindustrie und Schiffbau – nur mit den heute so verteufelten staatlichen Beihilfen zu halten war. Da schließt sich der Kreis: „Der Westen exportierte sein angestaubtes Wirtschaftsmodell fast im Maßstab 1:1, der Osten verfiel in Duldungsstarre“, hieß es ohne übertriebene Zuspitzung am 16. September 2004 in der Süddeutschen Zeitung („Der Zeitgeist weht dem Osten ins Gesicht“).

Die erwähnte Massenabwanderung ist kausale Folge dieser Entwicklung und zieht neue, zerstörerische Folgen nach sich. Es ist längst nicht mehr ausgeschlossen, dass der Osten nicht „auf der Kippe steht“, sondern schon gestürzt ist. Obgleich der Wegzug aus den neuen Bundesländern leicht abnimmt, zogen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes zwischen 1991 und 2003 über zwei Millionen Menschen von Ost nach West. Das Dramatische: Gerade gut ausgebildete und junge Menschen kehren ihrer Heimat mangels Chancen den Rücken. Im Jahre 2003 war über die Hälfte jener, die in die alten Länder zogen, zwischen 18 und 30 Jahre alt.³

Die faktische Alimentierung des Ostens kostet viel Geld – was in den neuen Bundesländern keineswegs als „Bringeschuld“ des Westens gesehen wird. Im Herbst 2004 brach der „Spiegel“ eine Debatte über die Transferleistungen vom Zaum, die zwar angesichts der Fakten notwendig, in der ausgetragenen Form aber für ein Zusammenwachsen eher kontraproduktiv war. Zumal sich der Spiegel-Bericht in Äußerungen einreichte, die die Westdeutschen als alleinige Zahlmeister der Wiedervereinigung und den Osten als unersättlichen Schwamm darstellten. Seit der Wiedervereinigung seien 1,25 Billionen Euro an Transferleistungen in den Osten geflossen, errechnete das Hamburger Magazin (vgl. Spiegel, 39/2004). Die Freie Universität Berlin kam nahezu zeitgleich sogar auf 1,5 Billionen. Bundesminister Manfred Stolpe schließlich hatte bei der Vorstellung des Berichts zum Stand der deutschen Einheit 2004 ganz andere Zahlen bei der Hand: Insgesamt seien seit 1990 Netto „nur“ 250 Milliarden Euro in den Osten geflossen. So habe die Freie Universität Zuflüsse (z. B. auch für Bundeswehrstandorte oder Beamtengehälter) mit in ihre Rechnung einbezogen.⁴

Die Diskussion um das „Ausbluten des Westens“ wird sich bei Fortbestehen der ökonomischen Krise mit einiger Wahrscheinlichkeit weiter verstärken. Vor allem, weil die Alt-BRD inzwischen selbst von einer tiefen strukturellen wirtschaftlichen Rezession betroffen ist. Die großen Firmenpleiten des neuen Jahrzehnts trafen vor allem westdeutsche Unternehmen, und nicht nur, weil im Osten kaum noch Vergleichbares existierte. Hatte bereits 1991 die Hälfte der Westdeutschen die Einführung des Solidarbeitrags als nicht gerechtfertigt betrachtet, verlangten im Jahr 2000 61 Prozent der Alt-Bundesbürger seine Abschaffung.⁵

Obgleich der ausbleibende „Aufschwung Ost“ und der – eher so empfundene – „Absturz West“ absehbar waren, wurde von der Politik kaum gegengesteuert.

Auf Deindustrialisierung und in deren Folge die Verschärfung von Strukturproblemen oder letztlich die Abwanderung von jungen Menschen konnte die Landes- und Kommunalpolitik nur symptomatisch reagieren. Die Bundespolitik ignorierte das leidige „Problem Neufünfland“. Die „Chefsache Ost“ (Bundeskanzler Gerhard Schröder) ist nie eine Chefsache Ost gewesen – übrigens auch nicht unter Helmut Kohl, der aber im Gegensatz zu seinem Nachfolger zumindest noch vom psychologischen Bonus der Wiedervereinigung zehren konnte. Eine Chefsache Ostdeutschland, das muss wiederholt werden, hätte ohnehin bedeuten müssen, dass die Ostdeutschen die Chefs ihrer Angelegenheiten hätten sein können. Die personelle (Nicht-)Zuständigkeit belegt das Desinteresse an der Situation in den neuen Ländern: Die „Ostbeauftragten“ der Bundesregierung, ob nun der als Wirtschafts-Staatssekretär fungierende Johannes Ludewig unter Kohl oder die Minister Rolf Schwanitz und Manfred Stolpe im Kabinett Schröder, waren und sind Politiker aus der zweiten Reihe, die sich eher durch Loyalität gegenüber ihren Vorgesetzten als durch eigene Initiativen auszeichneten. Letztlich sind sie noch nicht einmal Verwalter der Gelder, die nach wie vor von West nach Ost fließen.

Es ist jedoch beileibe nicht so, dass die ostdeutsche Problematik in der ersten Riege der Politik nicht wahrgenommen wird. Schon im Januar 2001 unterbreitete Bundestagspräsident Wolfgang Thierse in der Hamburger „Zeit“ seine Thesen zur Entwicklung in den neuen Bundesländern und deren gesamtdeutsche Implikationen.⁶ Der Bestandsaufnahme des SPD-Mannes Thierse – stagnierendes bzw. zurückbleibendes Wirtschaftswachstum, konjunkturelle Abkoppelung, prekäre Beschäftigungssituation, Jugendarbeitslosigkeit und Abwanderung sowie rückläufiger Anteil der Investitionen an der Bruttowertschöpfung – folgt die Feststellung: „Sparen kann man in Ostdeutschland nur, wenn man in die wirtschaftliche Entwicklung investiert.“ Damit begab sich Thierse in direkten Widerspruch zu jenen, die bereits zu Beginn des Jahrzehnts den Subventionshahn für den Osten abdrehen wollten. Gefordert sei vielmehr eine „Investitionsoffensive“.

„Wenn das Signal bald kommt, kann es Hoffnungen auf einen nachhaltigen Neuanfang freisetzen“, so Thierse. Nur: Bis zum heutigen Tag ist das Signal nicht gekommen. Statt dessen wurde der ideelle wie wirtschaftliche Graben zwischen West und Ost sogar noch vertieft statt zugeschüttet. „Die objektiven Probleme Ostdeutschlands und die Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts können nur gelöst werden, wenn die subjektive Seite, das Vertrauen der Menschen in die Zukunft der Region, in ihren Eigenwert und in ihre Eigenverantwortung durch die Politik gestärkt werden“, mahnte der Bundestagspräsident in der „Zeit“. Wenn Horst Köhler in einer seiner ersten Reden als Bundespräsident davon spricht, dass der Osten auf ewig zurück bleibt, spricht das zwar für den nüchternen Realismus eines neoliberalen Ökonomen, wohl kaum aber für das für einen Politiker dieser Ebene notwendige gesellschaftspolitische Verantwortungsbewusstsein. Potenziert wurde der Ärger über die Köhler-Passage noch dadurch, dass der Bundespräsident Vorschläge zur Lösung des Problems schuldig blieb und sich auf Gemeinplätze beschränkte. Die Botschaft des höchsten Repräsentanten Deutschlands an die Bundesbürger Ost war eindeutig: Wir haben euch aufgegeben.

Nimmt man die aktuelle Politik des Jahres 2005, muss sich dieser Eindruck zwangsläufig verstärken. Nur ein, wenn auch gravierendes, Beispiel ist Hartz IV. Ganz abgesehen davon, dass mit dem Gesetz pauschal Arbeitslose als Arbeitsverweigerer abgestempelt werden (die natürlich gern im Osten verortet werden), bedeutet das Arbeitslosengeld II für drei Viertel der bisherigen Empfänger von Arbeitslosenhilfe Kürzung oder sogar Streichung der schon

bislang dürftigen Leistungen. Dazu kommt der Zugriff des Staates auf alles, was sich zu Geld machen läßt: Von den Sparbüchern der Kinder über Teile der privaten Altersvorsorge bis zur Wohnung. Nach Berechnungen des Deutschen Mieterbundes werden 100.000 Mieter ausziehen müssen, weil Hartz IV Langzeitarbeitslosen nur eine begrenzte Wohnungsgröße zubilligt.

Nun, da die Chance eines gemeinsamen Aufbruches völlig zerstört scheint, treten die unterschiedlichen Lebensrealitäten vieler Menschen in Ost und West nicht nur umso stärker hervor, sondern bestimmen auch Selbstdefinition und die gegenseitigen Perzeptionen. Wenn Enttäuschung und Selbsttäuschung mit gravierendem sozialen Verlust einhergehen, wird die Flucht in eine beschönigte Vergangenheit zur Versuchung. Es ist ohnehin allzu menschlich, selbst schlimmes Leid oder Schmerzen nur noch blass, Glück, Erfolg, Freude auch im Rückblick sehnsuchtsvoll erinnern zu können. „Wir werden nicht durch die Erinnerung an unsere Vergangenheit weise, sondern durch die Verantwortung für unsere Zukunft.“ (George Bernard Shaw) Diese Weisheit scheint uns nicht erlaubt. Eine positive Vision gemeinsamer Zukunft ist im Hartz-IV-Land und erstrecht im deutschen Arbeitslosenviertelland für Viele nicht erkennbar, also rettet man sich in die unterschiedlichen Vergangenheiten, besser gesagt, in nostalgische Vorstellungen davon. Damit wäre dann auch bewiesen, was man vom jeweils anderen Deutschen ohnehin wusste.

Es ist kaum überraschend, dass sich aus diesen Tatsachen – sowohl den wirtschaftlichen wie politischen und ideellen – unterschiedliche Wertevorstellungen ergeben. Auf die Frage nach dem Vorrang von Freiheit oder Gleichheit entschieden sich im Jahr 1996 insgesamt 56 Prozent der Westdeutschen, aber nur 35 der Ostdeutschen für die Freiheit. Ähnlich groß waren die Unterschiede bei der Meinung über die Gleichheit: 47 Prozent der Ostdeutschen, aber nur 28 der Westdeutschen setzten sie an die erste Stelle. Abgesehen von der Frage, ob die Gegenüberstellung von Gleichheit und Freiheit nicht von vornherein zur Bestätigung eines Vorurteils gedacht war, werden die Antworten gerade von konservativen „Denkfabriken“, wie dem Allensbach-Institut für Demoskopie, gern als Totschlagargument benutzt. „Eine einzige Freiheit wird in den neuen Ländern höher geschätzt als in den alten: die Freiheit von finanziellen Risiken, sei es bei Krankheit, Not oder Arbeitslosigkeit“, schrieb Renate Köcher, Leiterin des Allensbach-Instituts, in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. „Keine andere Freiheit ist dort wichtiger. Das Freiheitsstreben der ostdeutschen Bevölkerung richtet sich weniger auf die Verteidigung der Bürgerfreiheit gegen staatliche und andere Begrenzungen als auf die Absicherung gegen Risiken und Sorgen um die eigene Existenz. Einschränkungen der bürgerlichen Freiheit scheinen der Mehrheit ein akzeptabler Preis zu sein, wenn dafür mehr Sicherheit vor Risiken erreicht wird. 65 Prozent der Ostdeutschen sprechen sich für einen Ausbau der sozialen Sicherung um den Preis von mehr Reglementierung und höheren Steuern aus, eine Auffassung, die nur 30 Prozent der westdeutschen Bevölkerung teilen.“⁷ Elisabeth Noelle-Neumann, Aushängeschild des Instituts, sprang ihr im Juli 2004 noch einmal zur Seite. Ebenfalls in der FAZ meinte sie, die Ostdeutschen hätten „weder ... wirklich verstanden, was Demokratie ist, noch ...(erkannt), dass Freiheit vor allen anderen Werten die Priorität“ habe.⁸

Allerdings kommt in der ostdeutschen Wertehierarchie, anders als mitunter interpretiert, meiner Meinung nach kein mangelndes Demokratiebewusstsein, kein oft zitierter „Undank gegenüber den Westdeutschen“ oder gar der Hang der Ostdeutschen zum Totalitarismus zum Ausdruck, sondern die schlichte Lebenswahrheit in den neuen Ländern. „Sich unterscheidende Parallelstrukturen (Wirtschafts-, Eigentums- und Betriebsgrößenstrukturen,

Arbeitslosigkeitsniveau, Einkommens- und Vermögensstrukturen) haben zu einer eigenständigen Ost-Identität geführt, die ihre Wurzeln nicht vorrangig in der gemeinsamen Vergangenheit, sondern der aktuellen Gleichartigkeit der Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern hat“, heißt es im Sozialreport 2004.⁹ Zudem: Der Wert der Freiheit wird auch im Osten keineswegs in Frage gestellt. In einer Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung stimmten 94 Prozent der Ostdeutschen der Aussage, „Auf die Freiheiten der Demokratie möchte ich trotz aller Probleme der Vereinigung nicht verzichten“, zu.¹⁰

Seitens der Ostdeutschen hat sich in jüngerer Vergangenheit etwas getan. Die Ostalgie hat selbstbewusstere Züge angenommen, was sie für einige Westdeutsche wohl aber noch unerträglicher macht. Seit Mitte der neunziger Jahre wurde der ostdeutsche Blick kritisch-realtätsbewusster. Herrschten zunächst auf beiden Seiten jene, oft genug unsäglichen Witze übereinander vor, die man mit wechselnden Etiketten seit eh und je über Ostfriesen, Sachsen, Pfälzer, Steiermärker, Türken, Polen zu hören bekommt, wurde der ostdeutsche Witz über die Westdeutschen sozial konkreter („Warum brauchen Westdeutsche 13 Jahre bis zum Abitur? 12 Jahre Fachunterricht, ein Jahr Schauspielunterricht.“). Die Reminiszenz an die DDR („Dagegen geht es doch heute sogar den Arbeitslosen besser“) ist einem kritischen Urteil über beide Systeme gewichen und scheint auch einen Blick in die gesellschaftspolitische Zukunft einschließen zu können: „Aus einem rückwärtsorientierten Vergleich zur DDR Anfang der 90er Jahre, wurde ab Mitte der 90er Jahre ein Ost-West-Vergleich, der vor allem Ungleichheiten zur Grundlage hatte“, konstatierte der vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg herausgegebene Sozialreport 2004.¹¹ Nicht zu Unrecht wird auch die menschliche Kälte beklagt, die sich mit dem unvorbereiteten Einfall des Kapitalismus ausbreitete.

Die wirtschaftliche und in deren Folge soziale Krise potenziert das Gefühl bei Vielen im Osten, zu den Verlierern der Einheit zu gehören. (Was, nebenbei gesagt, wiederum zu einer besonderen Identität führt.) Vor allem bei jenen, die von der Wende praktisch überrollt wurden und unverschuldet in die soziale Krise rutschten. Dass die ökonomischen Effekte nicht so ausgefallen sind, wie dies bei und nach der Wiedervereinigung insbesondere von der Regierung Helmut Kohl versprochen und von der Bevölkerung im Osten erwartet worden war, löste und löst Frustrationen aus. Es ist eben nicht eine gefühlte, sondern eine elementare Erniedrigung für Einzelne, für ihr persönliches Umfeld, für eine ganze Teilgesellschaft, arbeiten, etwas leisten, die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Bedingungen einer selbsttragenden Entwicklung schaffen zu können, aber nicht schaffen zu dürfen und anhaltend am finanziellen Tropf des anderen Landesteils zu hängen. Doch da wächst inzwischen etwas, dass nicht mehr allein als Gefühl, Bürger zweiter Klasse zu sein, besteht, sondern ein Selbstbewusstsein, anders zu sein. Inzwischen macht den Meinungsforschern und Soziologen eine neue Erscheinung zu schaffen: Die kritische Haltung der Westdeutschen zu Freiheit und Demokratie hat sich den Zahlen in Ostdeutschland nach oben angenähert. Wer daraus nicht die Ablehnung von Freiheit und Demokratie, sondern die ablehnende Haltung zu ihren aktuellen Zustand herausliest, muss nicht beunruhigt, kann vielleicht endlich zuversichtlich sein, auch für die Perspektive der deutsch-deutschen Beziehungen. Eben das bin ich, und genau aus diesem Grund. In Westdeutschland beginnen mehr Menschen zu begreifen, dass man die deutsche Vereinigung nicht aus einer selbstgenügsamen und lernunfähigen Siegerhaltung heraus sehen sollte und wie veränderungsbedürftig das gesamte deutsche Gemeinwesen ist. In Ostdeutschland beginnt man den Devotismus

des Verlierers zu überwinden und könnte sich daran erinnern, dass man den Sieg selbst herbeigeführt hat. Produktiveres dürfte es für den Streit um die künftige, gemeinsame Bundesrepublik kaum geben.

¹ Viktoria Kaina: Mit Herz und Konto?, Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37-38/2002

² vgl. Die Welt, 26.03.2005. S. 7

³ Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Pressemitteilung, 1.10.2004

⁴ Manfred Stolpe: Stärken stärken - Aufbau Ost wird konsequent fortgesetzt, Pressemitteilung BMVBW, Nr.: 379/04

⁵ Viktoria Kaina, a.a.O.

⁶ (vgl. Wolfgang Thierse, Fünf Thesen zur Vorbereitung eines Aktionsprogramms für Ostdeutschland, Die Zeit, 3.1.2001)

⁷ Renate Köcher: Der Freiheit entwöhnt. Sicherheitsstreben und egalitäre Tendenzen unterminieren die Wertschätzung des Freiheitsideals, FAZ, 13.3.1996

⁸ Elisabeth Noelle-Neumann: Mehr miteinander sprechen. In Deutschland will nicht zusammenwachsen, was zusammengehört. FAZ, 21.07.2004

⁹ Gunnar Winkler [Hrsg.]: Sozialreport 2004, Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Berlin, 2004, S. 13

¹⁰ Zitiert in: Markus Linden: Geteilt - vereint – gespalten? Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland. Frankfurter Hefte, 9/2004

¹¹ Gunnar Winkler, a.a.O.

André Brie, 1950, Studium der Außenpolitik, bis 1990 Mitarbeiter des Instituts für Internationale Beziehungen in Potsdam, zuletzt als Hochschuldozent, dann Wahlkampfleiter der PDS bis 1999, seitdem Mitglied des Europäischen Parlaments.

Jüngste Veröffentlichungen u.a.: Social Policy in Europe, in: The Social Europe We Need, London 2004, S. 17-104; Blühende Landschaften, aber keine blühende Wirtschaft, in: Junge Kirche, Themenheft „Wirtschaft als Bekenntnisfrage“, Oktober 2004; Schifra und Pua. Eine Geschichte von zivilem Widerstand, in: Stephan Dorgerloh, Jörg Göpfert, Wolfgang Thierse (Hrsg.): Huren, Helden, Heilige, Gütersloh 2004, S. 51-55